

Antrag der Fraktion der CDU***Tarifsteigerungen im Wissenschaftsbereich sind Landessache***

Das Land Bremen hat sich als Wissenschaftsstandort in den letzten Jahren ausgesprochen positiv entwickelt. Ausdruck und Beleg dieser gemeinsamen Anstrengung ist das gute und erfreuliche Abschneiden Bremens bei den ersten beiden Runden der Exzellenzinitiative. Mit dem Hochschulgesamtplan (HGP) V wurde in Wahrnehmung einer gesamtstaatlichen Verantwortung und unter schwieriger Abwägung unterschiedlichster Verpflichtungen und Aufgaben Einsparungen im Wissenschaftsbereich beschlossen, die gerade noch vertretbar waren. Der vom Senat vorgelegte Entwurf des Doppelhaushaltes 2008/2009 sieht vor, dass die anstehenden Tarifsteigerungen in allen Bereichen von den Wissenschaftseinrichtungen aus ihrem eigenen Budget erbracht werden sollen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. stellt fest, dass die zu erwartenden Tarifsteigerungen bei Beamten und Angestellten im Wissenschaftsbereich
 - a) nicht aus den Eckwerten des vorliegenden Entwurfs für den Wissenschaftshaushalt 2008/2009 bestritten werden können,
 - b) faktisch zu einer Absenkung der Grundfinanzierung der Wissenschaftseinrichtungen und zu einem massiven Stellenabbau führen werden,
 - c) die Zukunft des Landes als Wissenschaftsstandort akut gefährden und die Anstrengungen zur Teilnahme an der nächsten Runde der Exzellenzinitiative zunichte machen werden;
2. fordert den Senat auf, die Tarifsteigerungen bei Universität, Staatsbibliothek, Hochschulen und Instituten in voller Höhe zu übernehmen und die erforderlichen zusätzlichen Mittel bereitzustellen;
3. fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) ein entsprechendes Finanzierungskonzept vorzulegen, dass die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel sicherstellt.

Dr. Iris Spieß,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU